

# Neue Qualität der wirtschaftlichen Rechnungsführung im ökonomischen System des Sozialismus

Von Prof. J. Schmidt  
Sektion Pol. Ök./MLO

12



Lenin ehren heißt: den Leninismus studieren, weiterentwickeln, anwenden

Die wirtschaftliche Rechnungsführung in der DDR ist ein zentraler Bestandteil der ökonomischen Systemgestaltung. Sie stellt die Verbindung zwischen der materiellen Produktion und der gesellschaftlichen Reproduktion her. In der DDR wird die Rechnungsführung als ein Instrument der zentralen Steuerung und Kontrolle der Volkswirtschaft angesehen. Sie dient der Erreichung der Ziele des sozialistischen Planes und der Steigerung der Produktivität der Arbeit. Die Rechnungsführung ist ein wesentlicher Bestandteil der ökonomischen Systemgestaltung und hat eine zentrale Stellung in der DDR. Sie ist ein Instrument der zentralen Steuerung und Kontrolle der Volkswirtschaft. Sie dient der Erreichung der Ziele des sozialistischen Planes und der Steigerung der Produktivität der Arbeit.

wendung in der DDR wird begründet, daß sich aus der wirtschaftlichen Rechnungsführung als objektiver ökonomischer Kategorie folgende Konsequenzen ergeben, die bei der Gestaltung der Systemregelungen zu beachten sind:

- die Eigenverantwortung für die erweiterte Reproduktion der Fonds einschließlich der Erwirtschaftung der hierfür notwendigen Mittel,
- die materielle Interessiertheit, ökonomische Verantwortung und materielle Haftung,
- die Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit mit ökonomischen Mitteln,
- die Einzelleistung und persönliche Verantwortung bei gleichzeitiger konsequenter Einbeziehung der Werktätigen in die Planung, Leitung, Durchführung und Kontrolle des betrieblichen Reproduktionsprozesses (a. a. O., S. 751).

Das ökonomische System des Sozialismus in der DDR setzt für die wirtschaftliche Rechnungsführung neue, höhere Maßstäbe. Sie verlangen eine neue Qualität der wirtschaftlichen Rechnungsführung der Betriebe und Kombinate. Zur Durchsetzung dieser neuen Qualität muß durch entsprechende zentrale und betriebliche Systemlösungen vor allem gewährleistet werden:

## 1. Einordnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in das System der sozialistischen Wirtschaft

Es sind vor allem zu sichern:

- Verbindung zwischen zentraler staatlicher Planung und Leitung mit der Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten und den örtlichen Organen,
- Verbindung der volkswirtschaftlichen und betrieblichen Reproduktionsbedingungen. Das bedeutet einmal die Verbindung der materiellen Interessen der sozialistischen Warenproduzenten mit denen der Gesellschaft, damit die Sicherung der Reproduktionsbedürfnisse des Staates wie auch der Betriebe und Kombinate. Zum anderen bedeutet das die Verbindung der persönlichen materiellen Interessiertheit mit den Interessen der Gesellschaft.

Sicherung der Systemwirkung aller Kategorien der wirtschaftlichen Rechnungsführung, insbesondere Einhaltung der durch den Staat vorgegebenen Bestimmungen und Aufgabenstellungen mit Hilfe langfristiger Normative.

Der Reproduktionsprozess der sozialistischen Betriebe und Kombinate muß eigenverantwortlich auf der Grundlage des staatlichen Plans vollzogen werden. Das erfordert entsprechende Systemregelungen, insbesondere über genaue Festlegung der Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate, über die Ausstattung der Betriebe mit Fonds, über die Bildung und Verwendung des Betriebsergebnisses u. a.

## 2. Komplexität des betrieblichen Reproduktionsprozesses

Die wirtschaftliche Rechnungsführung darf sich nicht - wie früher - auf eine statistische Gegenüberstellung zwischen Aufwand und Ertrag (Deduktion der Ausgaben durch die Einnahmen und Erzielung eines Gewinns) beschränken. Sie muß sich vielmehr zu einer Kategorie entwickeln, die der Dynamik des Reproduktionsprozesses unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht (a. a. O., S. 751).

Die wirtschaftliche Rechnungsführung muß alle Phasen des Reproduktionsprozesses erfassen. Es ist also auch die Vorbereitungsphase in die wirtschaftliche Rechnungsführung einzubeziehen, da sie entscheidenden Einfluß auf die künftige Effektivität der Produktion hat. Die Einbeziehung der Forschung und Entwicklung in die wirtschaftliche Rechnungsführung erfolgt auf mehrfache Weise, z. B. durch auftragsgebundene Finanzierung wissenschaftlich-technischer Aufgaben und durch die Bildung und Verwendung des Fonds Wissenschaft und Technik. Für die wertmäßige Kontrolle der Forschung und Entwicklung (Ergebnisse und Verfahren) erlangt die Gebrauchswert-Kosten-Analyse eine immer größere Bedeutung.

## 3. Einheit von Arbeits- und Wertbildungsprozess

Die sozialistische Planwirtschaft schließt die Ausnutzung der Kategorien der Warengeld-Wirtschaft als Instrumente der wissenschaftlich begründeten Führungstätigkeit ein. Sie erfordert deren volle Ausnutzung für die Rechnungsführung und Kontrolle. Alle Aufwendungen und Effekte des betrieblichen Reproduktionsprozesses werden in Geldform gemessen, stimuliert und kontrolliert.

Der im Reproduktionsprozess der Betriebe und Kombinate getätigte Aufwand und die volkswirtschaftliche Anerkennung der geleisteten Arbeit erscheinen in Wertkategorien. Der Aufwand des Betriebes und Kombinate wird über die Wertformen mit dem gesellschaftlich anerkannten Aufwand verglichen. Die Wertkategorien rücken damit als Plangrößen und Stimuli für eine ständige Senkung des Aufwands bei der Produktion der Erzeugnisse und eine den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechende Produktion in den Vordergrund (a. a. O., S. 729/730).

Die neue Qualität der wirtschaftlichen Rechnungsführung wird in der Definition hervorgehoben:

„Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist eine objektive Kategorie der sozialistischen Produktionsweise; sie verbindet die materiellen Interessen der sozialistischen Warenproduzenten mit den Interessen der Gesellschaft; sie ist untrennbar mit der Planung verbunden, eine grundlegende Kategorie der sozialistischen Betriebswirtschaft und bringt die Reproduktionsbedingungen des Betriebes und Kombinate als sozialistischer Warenproduzent zum Ausdruck“ (a. a. O., S. 750).

Die grundlegenden Kategorien der wirtschaftlichen Rechnungsführung sind Selbstkosten, Umsatz, Gewinn, Preis, Lohn und Prämie, Kredit und Zinsen, Grund- und Umlaufvermögen, Produktionsfondsabgabe u. a. Eine besondere Stellung und Funktion nimmt der Gewinn (bzw. seine Elemente der Bildung und der Verwendung in Form des einbetrieblichen Betriebsergebnisses) ein, indem er als Differenz zwischen Erlösen und Kosten die Tätigkeit der sozialistischen Warenproduzenten auf den volkswirtschaftlichen Effektivitätszuwachs orientiert.

„Die Werktätigen sind im Sozialismus objektiv am Gewinn und seiner Erwirtschaftung interessiert, weil er die materiellen Grundlagen für die gesamtgesellschaftliche erweiterte Reproduktion enthält und damit auch wesentliche Grundlage für die systematische

Steigerung des Lebensstandards der Werktätigen ist“ (a. a. O., S. 746).

Aus dieser Stellung des Gewinns erklärt sich die Anwendung des Prinzips der Eigenverantwortung der Mittel für die erweiterte Reproduktion im entwickelten System der wirtschaftlichen Rechnungsführung der sozialistischen Betriebe und Kombinate.

Das Grundprinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung besteht darin, mit möglichst niedrigen Ausgaben möglichst hohe Einnahmen zu erzielen (a. a. O., S. 751). Seine Verwirklichung, die sich in stabiler, hoher Rentabilität niederschlagen muß, setzt die aktive Mitarbeit der Werktätigen bei der Planung und Leitung voraus.

Die höheren Anforderungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung der Kombinate und Betriebe erfordern zugleich eine erhöhte Verantwortung des Hauptbuchhalters. Der Hauptbuchhalter muß den Schutz und die produktivste Verwendung des Volkseigentums sowie den sparsamsten Umgang mit materiellen und finanziellen Mitteln gewährleisten. Es ist mit dem ökonomischen System des Sozialismus unvereinbar, wenn, wie das in verschiedenen Kombinate und Betrieben geschah, die Funktion und Verantwortung des Hauptbuchhalters eingeschränkt oder völlig abgeschafft wird. Die 13. Tagung des ZK der SED orientierte deshalb darauf, daß der Ministerrat allen volkseigenen Betrieben, Kombinate und VVB die Einsetzung eines Hauptbuchhalters als staatlichen Kontrollorgans zur Pflicht macht.

Die Kontrolle muß untrennbarer Bestandteil einer wissenschaftlich begründeten Planungs- und Leitungstätigkeit sein. Die Wirksamkeit des Kontrollsystems im Betrieb ist ständig zu erhöhen und unmittelbar mit der gesellschaftlichen Kontrolle durch die Werktätigen selbst zu verbinden. Das Politbüro des ZK der SED hat deshalb vorgeschlagen, daß der Ministerrat eine verbindliche Ordnung einführt, wonach monatlich in allen Betrieben und Kombinate der Vorkontrollbericht über den Stand der Plan- und Rechnungsführung und die Ergebnisse des sozialistischen Wettbewerbs ablegt.

„Als Forum sozialistischer Demokratie sind in diesen Rechenschaftslegungen Neuerer und Schrittmacherleistungen auszuwerten und anzuerkennen und die notwendigen Maßnahmen zur vollen Erfüllung des Planes zu beraten und zu erläutern. Obligatorisch muß dabei sein, daß der Hauptbuchhalter des Betriebes sowie der Vertreter der Industrie- und Handelsbank eine vom Bericht des Werkleiters unabhängige Einschätzung geben.“

Das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung der Kombinate und Betriebe ist in seinen Kategorien und Prinzipien ständig weiterzuentwickeln, um die ökonomischen Gesetze des Sozialismus immer vollkommener zu beherrschen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung entsprechend den Bedingungen des ökonomischen Systems des Sozialismus ist ein überaus wichtiges Problem für die Partei der Arbeiterklasse. Die Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus, insbesondere die Leninischen Prinzipien der Rechnungsführung und Kontrolle, entsprechend den konkreten Entwicklungsbedingungen der DDR anzuwenden und weiterzuentwickeln.

1) Marx, K., Das Kapital, Band 2, in: Marx-Engels, Werke, Band 24, S. 177.  
2) Lenin, W. I., Rede in der Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten zusammen mit den Vertretern der Front, in: Werke, Band 38, S. 239.  
3) Vgl.: Eichert, L.-Schneider, G., Wirtschaftliche Rechnungsführung in unserer sozialistischen Praxis - Verwirklichung Leninischer Ideen, in: Einheit, Nr. 11/1988, S. 1385 ff.  
4) Mittag, G., Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes im Jahre 1979, Material zur 12. Tagung des ZK der SED, in: ND vom 15. 4. 1979, S. 3.  
5) Mittag, G., Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes im Jahre 1979, a. a. O., S. 3.

# Trotz Diwald: Die Geschichte hat für die DDR entschieden! Zu einem historischen Rechtfertigungsversuch der Politik des westdeutschen Rechtskartells

Die äußerst vielschichtige Wechselverhältnisse bürgerlicher Geschichtsschreibung imperialistischer Politik ist durch zwei grundlegende Tendenzen gekennzeichnet: einerseits durch die Variante des zeitweiligen Vorwärtstrends der Geschichtsschreibung - natürlich auch anderer Ideologien - gegenüber der gerade durchgeführten Politik der Monopolbourgeoisie andererseits durch die Variante des Annehmens bereits vollzogene oder sich vollziehende Wandlungen imperialistischer Politik. Die zweite Variante kann so weit gehen, daß zur Rechtfertigung politischer Entscheidungen die Geschichte in kürzester Frist ganz zurückgezwängt wird.

Immer weniger Wachen nach der bekannten Rede des Freiherrn von und zu Stolberg, den Walter Ulbricht in seiner Rede auf der XIII. Arbeiterkonferenz der Ostzone über das Rechtskartell charakterisierte, ist die Rechtfertigungspolitik der DDR durch die Bonner Regierung, die die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gegen ein Gewaltverzichtsabkommen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland durch die DDR überhaupt und gegen diejenigen, die - wenn auch

schwankend und unsicher - die Anerkennung der Realitäten in Erwägung ziehen, also auch gegen die Regierung Brandt/Scheel. Als Alternative hätte Gutenberg nichts anderes zu bieten als den offenen Kurs auf die Anerkennung der Gesellschaftsordnung in der DDR, der spätestens auf den Tag genau, vor neun Jahren schielerte.

Das Buch des Professors für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Erlangen ist durch folgende Merkmale charakterisiert:

**Erstens:** Der Vertrag über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD steht seit Dezember 1969 zur Diskussion. Es ist Sache der Bundesregierung, die in Kassel angebotene Denkpause zu nutzen und Konsequenzen zu ziehen. In diesen Konsequenzen sieht das Rechtskartell Gefahren für sich selbst. Gefahren aber auch für den weiteren Bestand des westdeutschen Imperialismus. Deshalb wird die Politik der Regierung Brandt heftig attackiert. Der Historiker Diwald verwendet dabei die gleichen Argumente wie der CSU-Politiker Gutenberg.

**Zweitens:** Die Furcht vor den Folgen einer eventuellen Anerkennung der DDR läßt Diwald bei seiner Polemik gegen die Politik der Bundesregierung auch nähere Feststellungen treffen. So stellt er fest, daß die Bonner Regierung die DDR bereits verbal, de facto und staatsrechtlich anerkannt habe und die völkerrechtliche Anerkennung wahrscheinlich nicht ausbleiben werde. Das aber will er verhindern. Er stellt auch offen fest, daß die Formel Brandts von den „menschlichen Erleichterungen“ darauf hinausläuft, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR mit

friedlichen Mitteln ändern zu wollen. Das hält er aber für illusorisch, da es allzu leicht zu durchschau sei.

**Drittens:** Für Gutenberg wie für Diwald ist „die Anerkennung... seit der Gründung des zweiten Deutschen Reiches durch Bismarck das einschneidendste, das folgenschwerste Ereignis unserer Geschichte“. Um das zu beweisen, entwirft er ein Bild der deutschen Nationalgeschichte, das selbst bei westdeutschen Rezensenten keines Buches einige Verwunderung auslöste.

**Viertens:** Offenbar hat Diwald es nicht verwunden, daß die CDU/CSU aus der Bonner Regierung verdrängt worden ist. Schuld seien die westdeutschen Wähler, die zu wenig „national“ im Sinne der Monopolbourgeoisie dächten. So bedauert er z. B., daß die Erinnerung an den kontrarevolutionären Putsch vom 17. Juni 1953 im Abflachen begriffen sei und daß sich aus dem feindlich begangenen „Tag der deutschen Einheit“ ein vernünftiges Ausflugsfest des Hochuhrlings entwickelt habe, das noch dazu gesetzlich garantiert sei. Die Bundesbürger sind ihm zu wenig politisch engagiert, und wenn - dann in der von ihm gehaltenen Richtung. Er will sie aber negativ aktivieren.

**Fünftens:** Diwald nimmt für sich das Recht in Anspruch, weiter zu denken, als einige Politiker der Bundesrepublik. Während die DDR wisse, was sie wolle, sei es unklar, ob die Regierung Brandt das wolle, was sie wisse. Das heißt, Diwald hat sich Gedanken um die Folgen einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR gemacht. Anerkennung bedeute nämlich, der DDR das Recht zuzuerkennen, als Repräsentant Deutschlands aufzutreten, die sozialistische Entwicklung in der

DDR zu bejahen, dadurch die Beziehungen zu verschärfen und die Spannungen zu erhöhen. Daß die DDR diese Ansprüche nie erhoben hat und daß Diwald in der Erfurter Rede von Ministerpräsident Stoph dafür auch keinen Beweis findet, hindert ihn nicht daran, derartige Unterstellungen logisch begründen zu wollen.

Welches Bild der deutschen Geschichte entwirft Diwald? Worin sind seine geschichtsspezifischen Grundlagen zu suchen? Seine zentralen Begriffe sind die Nation und der Nationalstaat. Gerade im Hinblick auf die Reichgründungsfeierlichkeiten werden diese Begriffe von den westdeutschen Historikern sehr stark strapaziert, wobei folgende Tendenzen an Bedeutung gewinnen: die bürgerliche Nationalidee wird als Kernstück der geschichtlichen Begründung des Bonner Alleinvertragsanspruchs benutzt; aus der Geschichte wird ein „deutsches Nationalbewußtsein“ als Integrationsfaktor für die innere Entwicklung der Bundesrepublik abgeleitet und dieses manipulierte „nationale Geschichtsbewußtsein“ wird als bedeutende „nationale Klammer“ zwischen der Bevölkerung der beiden deutschen Staaten ausgegeben. Das Buch von Diwald läßt sich streckenweise in diese Entwicklungsrichtung einordnen. Geschichtsphilosophisch feierte dabei die These Treitschkes, daß Männer die Geschichte machen, frühe Aufrechterhaltung. Martin Luther, Bismarck, der Reichswahrgeneral Seckel und mit einigen Abstrichen Adenauer hätten nach Diwald das deutsche Schicksal entscheidend gefolmt. Das liest sich dann ungefähr so: „Die religiöse Nord-Süd-Spaltung durch Luther ist säkular-politisch von Bismarcks Reich überdeckt worden. Ihr tritt jetzt die irreparable

West-Ost-Spaltung zur Seite. Der deutsche Nationalstaat, so wie er uns von der Geschichte als Faktum, Präsenz und Joch bescheert worden ist, war der Nationalstaat Bismarcks. In diesem Staat Deutschland waren Volk, Sprache, Geschichte, Staat, Nation und Kultur eine Einheit eingegangen.“ Von Luther führt Diwald eine direkte Linie über Karl Friedrich Wilhelm von Brandenburg und über Friedrich II. zu Bismarck. Wenn der Professor aus Erlangen auch diesen Weg nicht guthieß, so bejaht er doch das Bismarckreich als Ergebnis und die nachfolgende deutsche Entwicklung. Als habe Karl Marx nie gelebt, wird das „einheitliche Deutschland“ beschworen, als Deutschland der Söbelschläger, der Sozialdemokratie 1914 und von Rosa Luxemburg. Sie hätten genau so zu Deutschland gehört wie Rothemann und seine Mörder, wie Stressemann, Hindenburg, Brüning, Papen, Hitler und Stauffenberg! Der DDR wird hingegen jede historische Tradition, jede deutsche Tradition abgesprochen. Gegen ihre Anerkennung wird die Geschichte mobilisiert und zwar in erster Linie die progressiven Traditionen: die Freiheitskämpfer von 1813 und die Widerstandskämpfer um Stauffenberg, überhaupt alles, was die menschliche Geschichte an Fortschrittlichem hervorgebracht hat.

Doch Diwald scheint von seinen eigenen Beschwörungen nicht sehr überzeugt zu sein. Er glaubt zu ahnen, daß die Geschichte bereits gegen Gutenberg und gegen ihn entschieden hat. Er flüchtet in die Resignation.

Dr. Günter Katsch